

Aufgefallen



THOMAS KESSLER

Troubleshooter quitiert den Dienst

Die einen können es kaum erwarten, die andern bedauern es schon jetzt: Anfang Februar wirft Thomas Kessler den Bettel hin. Der streitbare Basler Chefbeamte mit nationaler Ausstrahlung hat nach über 25 Jahren genug vom Verwaltungsjob und tritt per Legislaturende zurück – zeitgleich mit seinem Chef, dem grünen Regierungspräsidenten Guy Morin. **Tout Bâle reibt sich verwundert die Augen.** Denn der 57-jährige Stadtentwickler ist aus dem Beamtenapparat des Stadtkantons eigentlich nicht mehr wegzudenken. Kessler kümmert sich in seinem Ressort um fast alles – von Bewilligungen über Lebensqualität, Chancengleichheit und Wohnraumförderung bis hin zu Zukunftsmodellen für die Quartier- und Stadtentwicklung. Er leitet die zentralen Fachstellen im Departement wie die Kadergremien der Basler Verwaltung – und hat sich als Troubleshooter vom Dienst profiliert. Wo auch immer im letzten Vierteljahrhundert am Rheinknie ein Problem auftauchte: Kessler war zuverlässig zur Stelle, lieferte Analyse, Lösung, Umsetzung. Im Departement Morin gilt der gelernte Ingenieur-Agronom als der starke Mann, der den Laden schmeisst, während der schönegeistige Regierungspräsident eher als eine Art guter Politikonkel agierte – allseits beliebt, aber weitgehend wirkungslos. **Der frühere grüne Zürcher Kantonsrat Kessler dagegen hat Basel nachhaltig geprägt.** Wer unter ihm jeweils Regierungsrat war, spielte dabei keine Rolle. Als Drogendelegierter krepelte Kessler Anfang der 90er-Jahre zuerst die Drogenpolitik um. Mit einer Mischung aus Prävention und Repression, Überlebenshilfe und Therapie lieferte Kessler ein Lösungsmodell, das später national nachgeahmt wurde. Dasselbe in der Migrationspolitik: Als kantonaler Integrationsdelegierter entwarf Kessler das Konzept des Förderns und Forderns, das heute schweizweit fest verankert ist. Kein Wunder also, hat ihm Basel jüngst auch noch das Problem der islamistischen Radikalisierung aufgefallen. **Kesslers plötzlicher Abgang heizt die Gerüchteküche an.** Steckt die neu gewählte grüne Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann dahinter? Oder gab es Knatsch? Der Gedanke liegt nahe. Der umtriebige Kessler ist trotz all der Dienstjahre ein «unguided missile» geblieben. Ein kluger, aber eben auch eigenwilliger Kopf. Ein Querdenker und Klartexter, der mit unkonventionellen Methoden, eigenmächtigem Vorgehen, Provokationen und medienwirksamen Selbstinszenierungen immer wieder aneckte und dafür so manchen Regierungsrüffel kassierte. Doch Kessler winkt ab: Er suche schlicht noch einmal eine neue Herausforderung ausserhalb der Verwaltung. Mehr verrät er vorerst nicht. *Peter Meier*

STAATSBESUCH XI JINPING IN BERN

Win-win-Denken hat den diplomatischen Scherbenhaufen überdeckt

Chinas Staatspräsident Xi Jinping, ab Sonntag in Bern auf Staatsbesuch, ist ein Hardliner, der die Expansion chinesischer Interessen weltweit vorantreibt. Auch in der Schweiz, die als Ziel chinesischer Investitionen noch reichlich Wachstumspotenzial hat. Vielleicht hilft nun auch der Brexit.

«Chinesen, die in der Schweiz leben, sehen den Staatsbesuch ihres Präsidenten als sehr positives Zeichen», sagt Carli Beeli, Gründer der China Switzerland Connection, eines in Luzern ansässigen Vereins, der mit regelmässigen Veranstaltungen Schweizer und Chinesen zusammenzubringen sucht. Dass Xi Jinping ein so kleines Land wie die Schweiz mit einem mehrtägigen Besuch berücksichtigt, sei in chinesischen Augen ein deutliches Signal, sagt China-Kenner Beeli: «Chinesisches Denken ist langfristig ausgerichtet. Eine Partnerschaft kann aus chinesischer Sicht nur in einer stabilen Win-win-Situation überleben.» Dieses pragmatische Win-win-Denken hat den diplomatischen Scherbenhaufen längst überdeckt, der 1999 beim letzten offiziellen Staatsbesuch eines chinesischen Präsidenten entstanden war. Xi Jinpings Vorvorgänger Jiang Zemin hatte damals der Schweiz in der Wut die Freundschaft gekündigt, weil die Ordnungskräfte in Bern ein Grüppchen Exil-Tibeter in Sichtweite des Bundeshauses demonstrieren liessen und die damalige Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) die kommunistische Führungsriege mit penetranten Fragen zur Menschenrechtssituation nervte.



Not amused. Ruth Dreifuss' Rede brachte 1999 Staatschef Jiang Zemin (2. von links, neben Adolf Ogi) in Rage. ASL



Verärgerte die chinesischen Freunde: Exil-Tibeter-Protest 1999 auf Berns Dächern unweit des Bundeshauses. ASL

Chinesische Expansion
So viel Emotion ist undenkbar, wenn Xi Jinping (63) am Sonntag vor dem Bundeshaus vorfährt. Er führt China mit harter Hand. Der China-Kenner und Kunstexperte Uli Sigg sagte in einem Interview mit dieser Zeitung, dass unter Xi in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wieder «sehr viel mehr Strenge» gelte. Zu Xis Kurs gehöre das Streben nach aussen, «nach Welteroberung, salopp ausgedrückt», wie Sigg sagt. In der chinesischen Expansionsstrategie spielt die Schweiz eine Rolle: Sie ist das einzige europäische Land, mit dem China bis jetzt ein Freihandelsabkommen hat. So ist aus dem brüchigen politischen Verhältnis von 1999

eine Geschäftsbeziehung geworden, die allerdings immer noch von Emotionen geprägt ist: himmelhohe Erwartungen in den chinesischen Milliardenmarkt und tiesfahende Ängste vor dem Ausverkauf schweizerischer Marken an chinesische Investoren. **Chinesen bringen Jobs**
«Es stimmt», sagt Markus Prandini, «in der Schweiz wird die China-Debatte meistens emotional geführt.» Prandini ist Professor an der School of Management and Law der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, wo er das Kompetenzzentrum für Asien-Business leitet. Er und seine Mitarbeiter versuchen mit Studien und Analysen, zur Ver-

sachlichung der Diskussion über die Wirtschaftsbeziehungen zu China beizutragen. Es sei schon erstaunlich, sagt Prandini, wie laut der Aufschrei jeweils sei, wenn eine chinesische Firma ein Schweizer Unternehmen übernehme: «Wir haben bis heute praktisch keine Anhaltspunkte dafür, dass chinesische Investoren Arbeitsplätze abbauen, wenn sie eine Firma übernehmen.» Im Gegenteil, meistens schaffen die Chinesen sogar zusätzliche Jobs, ganz im Gegensatz zu US-Investoren, die nicht selten Arbeitsplätze abbauen, wie Prandini festhält. Natürlich: Chinesen könnten aggressiver als westliche Unternehmer auf Einkaufstour gehen,

weil sie oft den chinesischen Staat als Kreditgeber im Rücken haben. Ein westliches Unternehmen, das seine Investitionen selber erwirtschaften muss, könnte nie auftreten wie etwa der Staatskonzern Chemchina, der trotz hoher Verschuldung gerade daran ist, sich den Schweizer Biochemiemulti Syngenta einzuverleiben. Abgesehen davon drohe mit jeder chinesischen Übernahme der Transfer schweizerischer Technologie nach China und damit der Verlust des Konkurrenzvorsprungs, sagt Prandini. **Wachsender Appetit**
Allerdings ist es der Schweiz trotz Freihandelsvertrag bis jetzt nicht gelungen, auf chinesische Inves-

Strategischer Blick auf die Welt. Der



chinesische Staatspräsident Xi Jinping treibt mit Entschlossenheit die globale Expansion des Reichs der Mitte voran. AFP

toren besonders attraktiv zu wirken. Die Zahl in der Schweiz tätiger chinesischer Firmen liegt bei bloss rund 90. Allein in London und Umgebung sind es 700. Anders gesagt: Der chinesische Appetit auf Schweizer Firmen könnte noch kräftig zunehmen – wenn den Chinesen die Vorteile der Schweiz bewusster werden. Das Team von Markus Prandini hat in der Schweiz ansässige chinesische Firmen befragt und festgestellt, dass sie in erster Linie den Zugang zum Label Swiss made suchen. Erstaunlicherweise würden die Chinesen jedoch kaum die Vorteile des schweizerischen Besteuerungssystems wahrnehmen, aber auch nicht die Tatsache, dass man von der

Schweiz aus über die bilateralen Verträge den ganzen europäischen Markt bearbeiten könne. **Brexit als Chance**
Auf der Bremse steht die Schweiz auch, was die Exporte in den chinesischen Milliardenmarkt angeht. «Die Schweiz hat ihre Position im Handel mit China bisher eindeutig zu wenig konsequent genutzt», bilanziert die Ökonomin und gebürtige Chinesin Juan Wu, die im Team von Prandini arbeite. Die Wissenschaftlerin hat die Hindernisse des chinesischeschweizerischen Handels im Detail studiert. Trotz des Freihandelsabkommens bleibe der Güterexport «eine relativ komplizierte Sache», mit der insbe-

sondere Schweizer KMU oft überfordert seien. «Es fehlen Organisationen und Fachleute, die vor allem kleineren Exportfirmen helfen können, die Freihandelsformalitäten zu bewältigen», kritisiert Wu. Sie selber möchte dazu beitragen, denn in den Freihandelszonen von Shanghai oder Tianjin sei die Nachfrage nach Produkten aus der Schweiz riesig. Neben Deutschland und Holland ist Grossbritannien mit seiner Sonderposition in der EU der bevorzugte Link zu Europa. Mit dem Brexit verlieren die Briten diesen Vorteil, und die Schweiz rückt in die Poleposition vor. «Aber die Schweiz muss sich heilen, ihn zu nutzen», sagt Wu, «bevor Grossbritannien einen

eigenen Freihandelsvertrag mit China unterzeichnet.» Gedanken müsste sich die Schweiz auch über den Abfluss von Know-how nach China machen. Unter den rund 20 000 Chinesen, die in der Schweiz leben, befinden sich neben TCM-Ärzten auch hoch qualifizierte Studenten. Viele von ihnen würden nach dem Abschluss gern in der Schweiz bleiben, sagt Carli Beeli, der sich oft unter chinesischen Expats bewegt. Sie erhielten aber meist keine Arbeitswilligung und exportierten ihr in der Schweiz erworbenes Wissen zurück in chinesische Hightechzentren wie Peking oder Shenzhen. Aus chinesischer Sicht klar eine Win-Situation. *Jürg Steiner*

Das Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Iran soll zwölf Jahre nach der Unterzeichnung endlich ratifiziert werden. Der Bundesrat hat die Botschaft dazu mit dem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2016 verabschiedet. Das Abkommen enthält Punkte wie Nichtdiskriminierung von Firmen, Schutz des geistigen Eigentums, Zugang zu Gerichten oder Wege der Beilegung von Streitigkeiten. Es entspricht vom Inhalt her den Handelsabkommen der früheren Generation, welche die Schweiz mit zahlreichen Nicht-WTO-Mitgliedern abgeschlossen hat. Der Iran ist mit rund 80 Millionen Einwohnern ein interessanter Markt für Schweizer Unternehmen. Wichtige Exportgüter der Schweiz sind derzeit pharmazeutische Produkte, Maschinen, medizinische Instrumente, Uhren und Edelmetalle. *sda*

Bundesrat sorgt sich um Zukunft

BERICHT 2016 sei kein gutes Jahr gewesen, konstatiert der Bundesrat. Zudem stelle die Wahl Donald Trumps für die globale Ordnung möglicherweise eine Zäsur dar.

«Die Unsicherheiten über die Entwicklungen des europäischen und globalen Umfelds der Schweiz sind grösser geworden», heisst es im 223-seitigen Bericht, den der Bundesrat gestern verabschiedet hat. Der beschleunigte Wandel der Welt halte an, stehe aber stärker im Zeichen weltpolitischer Spannungen und abnehmender Bereitschaft zur Kooperation. «2016 war kein gutes Jahr für den Frieden.» Vor diesem Hintergrund habe sich die Erarbeitung tragfähiger politischer Lösungen für die vielen Krisen und Konflikte als «ausgesprochen schwierig erwiesen». Trotz Rückschlägen und Krisen von Syrien bis zum Sahel habe es aber auch 2016 positive Entwicklungen in der Friedensförderung und der menschlichen Sicherheit gegeben: etwa in Burma und in Kolumbien, wo die Schweiz ebenfalls involviert war. Auch auf den künftigen amerikanischen Präsidenten Donald Trump geht der Bericht ein. Dessen Wahl «stellt potenziell ebenfalls eine Zäsur dar», heisst es. Bisher seien die Vereinigten Staaten der zentrale Träger der liberalen internationalen Ordnung gewesen. Diese werde nun zunehmend infrage gestellt. Es sei «von einer Zeit erhöhter Unberechenbarkeit» auszugehen.

Abkommen mit dem Iran
Das Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Iran soll zwölf Jahre nach der Unterzeichnung endlich ratifiziert werden. Der Bundesrat hat die Botschaft dazu mit dem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2016 verabschiedet. Das Abkommen enthält Punkte wie Nichtdiskriminierung von Firmen, Schutz des geistigen Eigentums, Zugang zu Gerichten oder Wege der Beilegung von Streitigkeiten. Es entspricht vom Inhalt her den Handelsabkommen der früheren Generation, welche die Schweiz mit zahlreichen Nicht-WTO-Mitgliedern abgeschlossen hat. Der Iran ist mit rund 80 Millionen Einwohnern ein interessanter Markt für Schweizer Unternehmen. Wichtige Exportgüter der Schweiz sind derzeit pharmazeutische Produkte, Maschinen, medizinische Instrumente, Uhren und Edelmetalle. *sda*

Bundesrat will Preisobergrenze für Briefpost

POSTGESETZ Der Bundesrat will den Postmarkt nicht weiter öffnen. Aber er möchte der Post in einigen Bereichen Beine machen und verhindern, dass sie neue Geschäfte quersubventioniert.
Die Post ist nach wie vor ein Monopolbetrieb. Wenigstens zum Teil. Das will das Parlament so. Doch Monopolisten muss man auf die Finger schauen. Deshalb muss der Bundesrat alle vier Jahre untersuchen, wie gut das Postgesetz funktioniert. Gestern hat der Bundesrat den Bericht dazu vorgelegt. Dabei stellt er fest, dass die Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen funktioniert. Allerdings bleibt aber auch anzufügen, dass die Markt-

öffnung nicht sehr weit vorangeschritten ist. Quickmail, die bislang einzige private Anbieterin, hat im Briefmarkt über 50 Gramm einen Marktanteil von gerade mal 11 Prozent erreicht. **Nasenstüber für die Post**
Der Bundesrat will den Postmarkt nicht weiter öffnen. Aber in einigen Bereichen will er den privaten Postanbietern das Leben etwas vereinfachen und der Post klarere Vorgaben geben. Ein Punkt betrifft die Briefpost: Im Monopolbereich der Post, beim Versand adressierter inländischer Briefe bis 50 Gramm, will der Bundesrat künftig Preisobergrenzen festlegen. Eine Zahl nennt er nicht. Er will sich dabei am allgemeinen Preisniveau orientieren.



Der Bundesrat hat seinen Bericht zur Post vorgelegt. Thomas Peter

Im liberalisierten Bereich – das heisst bei Briefen von über 50 Gramm und Paketen – will er für mehr Wettbewerb sorgen. So soll verhindert werden, dass alternative Anbieter bei den Mengenrabatten gegenüber Grosskunden diskriminiert werden. Das Verbot der Quersubventionierung will der Bundesrat in der Verordnung präzisieren. Die Regelung soll verhindern, dass die Post Leistungen ausserhalb des Monopols verbilligen kann. **Streit um den Zugang**
Ein weiterer Punkt sind grosse Briefkastenanlagen von Wohnblocks oder Geschäftshäusern, welche im Gebäudeinnern installiert sind. Die Post hat von den Hausbesitzern für die Zustellung der Postsendungen jeweils einen

Schlüssel oder einen Code erhalten. Das Problem besteht nun darin, dass die privaten Postunternehmen hier keinen Zugang zu diesen Briefkästen haben. In diesem Bereich will der Bundesrat den Privaten die Möglichkeit geben, solche Briefe und Pakete der Post zur Auslieferung zu übergeben. Und schliesslich ist der Zugang anderer Anbieter zu den Postfachanlagen der Post ein Problem. Die Privaten können der Post entsprechende Pakete übergeben. Derzeit ist ein Rechtsstreit über die Höhe des Entgelts dafür im Gang. Heute hat die Post offenbar keinen grossen Anreiz, sich mit den privaten Anbietern zu einigen. Hier will der Bundesrat der Post Beine machen. *snj/sda*

Armee bittet zur Kasse

DIENT-SCHWÄNZER Wer bei der Entlassung aus dem Militärdienst nicht alle Diensttage geleistet hat, soll künftig zahlen müssen.
In den vergangenen Jahren sind jeweils einige Tausend Personen aus der Dienstpflicht entlassen worden, ohne dass sie ihre Dienstleistungspflicht vollständig erfüllt haben. Im Jahr 2012 waren es über 5000 Personen gewesen, 2015 rund 2500. Künftig sollen diese nun eine abschliessende Wehrpflichtersatzabgabe zahlen, wenn mehr als 15 Militär- oder 25 Zivildiensttage fehlen. Damit werde die Gleichbehandlung verbessert und ein Anreiz geschaffen, alle Diensttage zu leisten, argumentiert der Bundesrat. Er erwartet

Mehreinnahmen von rund 6 Millionen Franken jährlich. Viele Dienstpflichtige leisten deshalb nicht sämtliche Diensttage, weil sie gar nicht aufgeboten werden, oder sie sollen zahlen müssen. Der Bundesrat weist darauf hin, dass grundsätzlich jedes Jahr ein Dienst zu leisten sei. Wer nicht aufgeboten werde, habe die Pflicht, sich bei den zuständigen Aufgebotsstellen zu melden. Weitere Änderungen haben mit der Armeereform zu tun. Der Militär- oder Zivildienst muss künftig zwischen dem 19./20. und dem 37. Altersjahr geleistet werden. Entsprechend soll auch die Dauer der Ersatzabgabepflicht angepasst werden. In den 18 Jahren Dienstpflicht sollen Abgabepflichtige wie bereits heute höchstens 11 jährliche Abgaben

bezahlen. Bei der Verschiebung der Rekrutenschule soll neu keine Wehrpflichtersatzabgabe mehr erhoben werden. Eine Verschiebung ist bis zum 25. Altersjahr möglich. Bei verschobenen Wiederholungskursen oder Zivildiensteinsätzen ist die Abgabe dagegen weiterhin geschuldet. Nichts ändern will der Bundesrat hingegen an der Ausgestaltung der einkommensabhängigen Wehrpflichtersatzabgabe. Der Abgabesatz soll weiterhin 3 Prozent des Reineinkommens betragen, die Mindestabgabe 400 Franken. Der Bundesrat hat gestern die Änderungen zur Wehrpflichtersatzabgabe in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung dauert noch bis zum 12. April. *sda*

Der Bundesrat setzt auf digitale Wirtschaft

BERICHT Der Bundesrat will freie Fahrt für die digitale Wirtschaft. Statt herkömmliche Geschäftsmodelle zu schützen, setzt er auf Deregulierung.
Der gestern veröffentlichte Bericht fokussiert zunächst auf die sogenannte Sharing Economy, weil Anbieter wie Uber oder Airbnb herkömmlichen Taxis und Hotels schwerzusetzen. Der Bundesrat sieht in der Entwicklung jedoch vor allem eine Chance, weil Ressourcen effizienter genutzt würden und der Wettbewerb angekurbt werde. Den konkreten gesetzgeberischen Handlungsbedarf lässt er in dem Bericht noch offen. Bezüglich Transportdienstleistungen

wie Uber verweist der Bundesrat auf die laufende Überprüfung, die das Parlament angestossen hat. Taxis sollen gleich lange Spieße erhalten, indem beispielsweise arbeits- oder transportrechtliche Vorschriften aufgehoben werden. Auch Airbnb löst Handlungsbedarf aus. Der Bundesrat will prüfen, ob die Modalitäten für die Zustimmung des Vermieters angepasst werden müssen, wenn Mieter ihre Wohnung regelmäßig untervermieten. Ein weiteres Thema ist das Vertragsverhältnis zwischen Eigentümer und Gast. Laut Bundesrat gilt es zu klären, ob betroffene Nachbarn rechtlich ausreichend geschützt sind. Der Bericht dient als Ausgangspunkt für weitere Analysen und Überprüfungen. *sda*

BZ Namen

Die Warenhauskette Manor erhält mit **Stéphane Maquaire** einen Vertriebsexperten zum neuen Chef. Der gebürtige Elsässer war zuletzt bei der Gruppe



Stéphane Maquaire Vivarte und der Gruppe Monoprix tätig. Er war in den Funktionen als Exekutive President und als Finanz- und Entwicklungsdirektor aktiv. Maquaire übernimmt die Nachfolge von **Bertrand Jungo**, seit 2006 Chef der Manor-Gruppe. *sda*